

Imprint



Logo des Antirepressionskongresses, den das Sozialistische Büro 1976 in Frankfurt am Main veranstaltete

Wikimedia Commons

Das etwas andere Büro

Vor 50 Jahren wurde eine linke Institution gegründet: Im Sozialistischen Büro (SB) organisierte sich die undogmatische Linke, die sich weder in der Parteiarbeit noch in spontaneistischen Aktionen verzetteln wollte. Mit der Arbeitsfeldstrategie sollte der Gegensatz zwischen dem »linken Bewusstsein« und dem »rechten Sein« angepasster beruflicher Tätigkeit überwunden werden. Aus »Berufsrevolutionären« sollten »Revolutionäre im Beruf« werden. Von Carsten Prien

Auf der zentralen Arbeitstagung des Sozialistischen Büros am 14. und 15. Oktober 1972 referiert der Sozialphilosoph Oskar Negt vor 200 faszinierten Zuhörern zur Organisationsfrage. »Eine Art Zwölftonmusik der politischen Organisation« sei das gewesen, urteilte der Sozialwissenschaftler Rolf Schwendter später. Noch im Dezember des gleichen Jahres erscheint der Vortrag überarbeitet in der *Links*, dem Debattenorgan des Sozialistischen Büros, unter dem später weithin berühmt gewordenen Titel »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!« 1975 veröffentlicht Negt mit »Erfahrung, Emanzipation und Organisation« einen weiteren Beitrag zur »organisatorischen Weiterentwicklung des SB«, der die ersten Darlegungen ergänzen und konkretisieren soll. Diese beiden Aufsätze bilden bis heute die theoretische Grundlage für den »Arbeitsfeldansatz« des Sozialistischen Büros.

Die Organisierung der Mitglieder des Sozialistischen Büros nach deren Berufs- und Tätigkeitsfeldern sollte es ermöglichen, in jenen Massen revolutionäre Selbsttätigkeit zu entfalten, mit denen sie die spezifischen Erfahrungen und Interessen des jeweiligen Arbeitsfeldes teilten. Beispielhaft für das Selbstverständnis des Sozialistischen Büros schreiben Reinhard Laux und Suso Lederle: »Das Spezielle im Erleben einzelner Personen und Arbeitszusammenhänge ist aufgrund des Gesetzes der Totalität ein wie auch immer verzerrtes Abbild des Allgemeinen, einer sich sowohl widersprüchlich als auch historisch in Sprüngen entwickelnden Gesellschaft.« Der Arbeitsfeldansatz stelle darum »den ursächlichen Zusammenhang gesellschaftlicher Organisation auf den Kopf, die individuelle Erfahrbarkeit davon jedoch auf die Füße«.

Der Arbeitsfeldansatz sei ein organisierter »politischer Lernprozess, in

dem Erfahrung, Begriff und Eingriff einander nicht äußerlich bleiben«, doch »der politische Bezug auf die gesellschaftliche Totalität, sowohl in der Betroffenenenerfahrung als auch in der Radikalisierung von Interessen, in Bereichsstrategien«, sei »nicht naturwüchsig vorhanden. Es bedarf der bewussten, den Bezug herstellenden Intervention und der Aufklärung durch Sozialisten.« Mit dem Arbeitsfeldansatz sollte zugleich auch die »objektive Doppeleristenz«

Die Organisierung der Mitglieder des SB nach deren Berufs- und Tätigkeitsfeldern sollte es ermöglichen, in jenen Massen revolutionäre Selbsttätigkeit zu entfalten, mit denen sie die spezifischen Erfahrungen und Interessen des jeweiligen Arbeitsfeldes teilten.

der Sozialisten überwunden werden, »der viele Genossen belastende Gegensatz zwischen dem »linken Bewusstsein« und dem »rechten Sein« angepasster beruflicher Tätigkeit«. Die Interpretation und der Geltungsanspruch des »Arbeitsfeldansatzes« blieb allerdings in der gesamten Geschichte des SB, insbesondere aber an deren schicksalhaften Wendepunkten, heftig umstritten. Während einige im Sozialistischen Büro schon 1981 einen »Abschied vom Arbeitsfeld« fordern oder schlicht konstatieren zu müssen glaubten, gaben andere noch im Jahr zuvor ihrem Artikel den herausfordernden Titel »Den Arbeitsfeldansatz verwirklichen!« Sie hielten »den Arbeitsfeldansatz keineswegs, wie vielfach behauptet, für gescheitert«. Er erschien ihnen »vielmehr noch gar nicht richtig begonnen worden zu sein!« Oskar Negt selbst spricht dann 1985 davon, das Sozialistische Büro

sei ein »unvollendetes Projekt« geblieben.

Gegründet worden war das Sozialistische Büro im April 1969 in Offenbach von einer »Arbeitsgemeinschaft von einzelnen Genossen und Gruppen aus der zerschlagenen oder zerfallenen »Alten Linken«, zu sozialistischen Positionen gekommenen Mitarbeitern der Ostermarsch- und Anti-Notstands- und Gruppen der linken Studentenbewegung«. Das SB sei in jener Zeit des

Zerfalls der außerparlamentarischen Opposition in einander sich befehdende Fraktionen der »einzige anti-autoritäre Organisationsansatz mit überregionaler Bedeutung« gewesen, wie noch 1976 Hans Manfred Bock in seinem Standardwerk zum »linken Radikalismus« schreibt. »Insofern bestimmte sich die politische Position des Sozialistischen Büros innerhalb der westdeutschen Linken zunächst negativ; das SB wurde zum Anziehungspunkt für solche Sozialisten, die in die Umfunktionierung der SPD in eine sozialistische Partei keine Hoffnungen setzten, – die die theoretisch-politische Position und die Struktur der innerparteilichen Willensbildung der DKP nicht akzeptieren wollten, – die den Weg der Gründung studentischer Kaderparteien für falsch hielten.« Gleichwohl sprach sich das SB für die Zusammenarbeit mit »Sozialisten in der SPD« aus, »auch wenn wir die

strategische Bindung von Sozialisten an die SPD für einen prinzipiellen Fehler halten«. Desgleichen suchte man das Bündnis »mit in der DKP organisierten Sozialisten«, »auch wenn wir die DKP-Politik, die ihr zugrunde liegende Theorie und die Struktur der Willensbildung dieser Partei in wichtigen Punkten kritisieren«.

Versöhnlicher fielen auch die Schlussfolgerungen aus, die das SB aus seiner Kritik an den sozialpartnerschaftlichen und bürokratisierten Gewerkschaften zog. »Nicht etwa Zerschlagung der Gewerkschaften«, wäre das erklärte Ziel, »sondern Aktivierung und Organisierung der einzig möglichen Basis gewerkschaftlicher Macht gegenüber dem Kapital: die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen«.

Mit dieser politischen Mehrdeutigkeit gelang es dem SB, in der westdeutschen Linken, die ansonsten zerstritten und sektiererisch gegeneinander abgegrenzt war, Ansätze eines »überfraktionellen Bewusstseins« zu entwickeln.

Die *Links – Sozialistische Zeitung* erreichte eine Auflage von 15 000, die im Februar 1975 erschienene programmatische Erklärung unter dem Titel »Thesen des SB« eine Gesamtauflage von 67 000 Exemplaren. Mit Solidaritätskampagnen und Kongressen konnte das SB bundesweit und fraktionsübergreifend immer wieder Tausende mobilisieren – 1972 mit dem Kongress »Freiheit für Angela Davis«, 1973 mit dem »Frankfurter Seminar«, auf dem über den Zusammenhang von persönlicher Emanzipation und politischer Arbeit diskutiert wurde und das 1974 mit 1 000 Teilnehmern wiederholt werden konnte, mit den Kampagnen »Chile, der Kampf geht weiter – Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse«, noch im gleichen Jahr, und »Solidarität mit der portugiesischen Revolution«, 1975. Auf dem »Anti-

Repressionskongress«, Pfingsten 1976, in der Zeit der Berufsverbote und Rasterfahndung, wurde ein Solidaritätsfonds für Betroffene eingerichtet. Über 14 000 Teilnehmer trafen sich, um die »Einschüchterung und Angst der Linken zu durchbrechen«. Ende der siebziger Jahre gelangte das Sozialistische Büro mit 1200 Mitgliedern auf seinen Zenit der Popularität.

2007 erschien mit »Spurensuche Neue Linke. Am Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *Links – Sozialistische Zeitung* (1969–1997)« aus der Feder des Sozialwissenschaftlers Gottfried Oy im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein erster Umriss der Organisationsgeschichte des SB. »Die Wurzeln des Sozialistischen Büros sind verzweigt«, schreibt Oskar Negt 1995 rückblickend. »Ende der sechziger Jahre gegründet, erlangt es innerhalb weniger Jahre eine zentrale Bedeutung im weiten Spektrum der Linken. Einer der Gründe für diese spektakuläre Entwicklung des Sozialistischen Büros besteht darin, dass Politik hier nicht mehr verstanden wird als eine Kalkulation im vordergründigen Rahmen von Machtfragen, sondern als eigentümlicher Produktions- und Kommunikationsprozess. Das Büro ist so aufgegliedert, dass die jeweiligen Arbeitsfelder ihre eigenen Zugänge, Arbeitsmittel, Ziele und Voraussetzungen solcher Umgestaltungsprozesse entwickeln können: Die Arbeitsfeldkonzeption ist die Basis dieser Organisationsidee, die zentrale Koordination und dezentrale Praxis miteinander zu verknüpfen sucht.«

Die interne Geschichte des Sozialistischen Büros war stets gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen dem Arbeitsfeldansatz und einem zentristischen Opportunismus, der die konsequente Verwirklichung des Ansatzes sabotierte, sei es in den Debatten über die Einführung eines »Delegiertenrates«, die Gründung einer linkssozialistischen Partei oder das Verhältnis zu den Bürgerinitiativen und den ersten Grünen. Klaus Vack, hauptamtlicher Sekretär des SB, spricht in seinen Erinnerungen davon, das Sozialistische Büro habe in »permanenter Organisationsdebatte« gestanden. Die zahlreichen »Korrekturen« am »organisatorischen Rahmen« seien allesamt »faule Kompromisse« gewesen. Der Opportunismus sollte schließlich die Oberhand behalten. Wenn darum dem SB heute eine »Wirkungsgeschichte« bescheinigt wird, »die inzwischen fast unsichtbar und dennoch allgegenwärtig« sei, dann rühmt man ihm nicht nach wegen der anhal-

tenden geschichtlichen Aktualität seines Arbeitsfeldansatzes, sondern einzig als dem Inbegriff projektmacherischer Netzwerkelei, die in einer hoffnungslos desorganisierten Linken statt für eine Not mittlerweile als Tugend gilt. Die Bilanz Egon Beckers von 2017 etwa, »das SB« sei der Versuch gewesen, die »Paradoxie einer Organisation von Selbstorganisation« in eine »bearbeitbare Form zu bringen«, ist selbst schon eine Interpretation des Arbeitsfeldansatzes in der Tradition des zentristischen Opportunismus. Eines Opportunismus, der nicht mehr, wie noch anfänglich proklamiert, herausfinden wollte »aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, und

In der Zwischenstellung, die das Sozialistische Büro einnahm, musste es unausweichlich zum Spielball der Interessen von SPD und DKP und der durch sie repräsentierten Machtblöcke werden.

ebenso unbrauchbarer ›reiner‹ und teils blinder Spontaneität dort«, sondern es sich in diesem Dilemma längst häuslich eingerichtet hatte. In mancher Zeit ist der bequemste Sitz eben der zwischen allen Stühlen.

Aus dem dialektischen Widerspruch des Arbeitsfeldansatzes, die Selbstorganisation zu organisieren, musste in der zentristischen Deutung notgedrungen ein unlösbares Paradoxon werden. In der Zwischenstellung, die das Sozialistische Büro einnahm, musste es unausweichlich zum Spielball der Interessen von SPD und DKP und jener durch sie repräsentierten Machtblöcke werden. In ihr rieb sich seine politische Substanz auf und korrumpierte sich seine politische Moral. In seinem *Links*-Artikel »Partei oder Nicht-Partei? – linke Organisationsversuche in der BRD« stellt Arno Klönne 1982 hierzu treffend fest: »Der Aufteilung des deutschen Territoriums in die westliche und die östliche Besatzungszone entsprach die jeweilige Anbindung einer Haupttrichtung der traditionellen deutschen Arbeiterorganisationen; die KPD wurde in der Tat zur sowjetrussischen, die SPD, mitsamt den DGB-Gewerkschaften, zur amerikanischen Partei. Selbst die Linksozialisten oder unabhängigen Kommunisten, die sich weder der SPD noch der KPD/SED und ihren Führungsmächten

verschreiben wollten, gerieten praktisch immer wieder bewusst oder unbewusst in den Kampf der beiden Blöcke mit hinein, und oft genug sahen sie am Ende ihrer einzelnen Aktivitäten, dass sie wider ihren Willen denn doch den USA- oder den UdSSR-Interessen das Geschäft mitbesorgt hatten.«

Einzig die Gründung einer eigenen Partei hätte in der damaligen Konstellation die äußeren Bedingungen für die Entwicklung auch der inneren Anlagen des Sozialistischen Büros schaffen können. »Und viele von den jungen Linken haben in den verflossenen Jahren anders gewollt, als sie – nach Meinung anderer – hätten sollen müssen«, schrieb damals einer der wichtigsten Mentoren für eine

Parteiabteilung aus dem Sozialistischen Büro heraus, der SPD-Linke Jochen Steffen. »Jetzt wollen die parteipolitisch Übriggebliebenen prüfen, ob sie sollen, was mit der Organisation des SB eigentlich schon als späteres Wollenmüssen angelegt war.« Manfred Scharrer hat 1978 in *Langer Marsch – Zeitung für eine neue Linke* die politische Entwicklung jener »jungen Linken« zusammengefasst, die damals aus dem Umfeld des SB für eine Parteiabteilung und die Teilnahme an den Parlamentswahlen eintraten:

»So sehr die Herausbildung einer Neuen Linken das große Ergebnis der Revolte war, so sehr war mit der Wiederentdeckung der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt ein Anspruch formuliert, der kaum einlösbar war. Das lag einmal an unserer mangelnden Fähigkeit, jedoch auch daran, dass die Arbeiterbewegung in Deutschland keine dauerhafte revolutionäre Tradition geschaffen hat. Die revolutionäre Bewegung von 1918 wurde auf Geheiß der Mehrheitssozialdemokratie blutig niedergeschlagen. Stalinismus und Faschismus sorgten in der Folge dafür, dass eine revolutionäre Bewegung nicht mehr entstehen konnte. Die andere Seite ist jedoch, dass die Arbeiterbewegung nicht stark genug war, einen Stalinismus und Faschismus zu verhindern.

Die Studenten versuchten auf eigene Faust, die revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung wieder zu beleben, genauer ausgedrückt, was sie für diese Tradition hielten und wie sie über Marx, Lenin, Luxemburg und Korsch vermittelt war. Dies zunächst noch ganz undogmatisch und in der radikaldemokratischen Tradition über Basisgruppen. Erst nachdem diese Ansätze gescheitert waren, suchte man sein Heil in dem alten Parteytypus bolschewistischer Prägung und der damit verbundenen Inhalte. Dieser Schritt markierte den Bruch mit der eigenen Vergangenheit der Neuen Linken. Der Zug ging zurück zu den zwanziger Jahren, und Stalin wurde wieder als großer sozialistischer Führer auf den Schild gehoben. (...) Die an den Inhalten der Neuen Linken festhaltenden Genossen vermochten nicht einen eigenen organisatorischen, d.h. handlungsfähigen Zusammenhang aufrechtzuerhalten. Durch das negative Beispiel der Neu-Stalinisten abgeschreckt, lehnte man jede allgemeine Organisierung ab. Die Unmittelbarkeit war die Antithese zum hochstaplerisch vorgetragenen Stellvertreterprinzip und beschleunigte den Isolierungs- und Einzelungsprozess. (...) Links von der Sozialdemokratie gab und gibt es bis heute allerdings auch keine alternative allgemeine Politik (...), viele linke alternative Projekte (...) können aber nur existieren, solange ein linker SPD-Flügel im Staatsapparat den Schutzengel spielt, und sei es nur, dass er die notwendigen Gelder beschafft. (...) Wenn wir uns heute an einer Wahl beteiligen, dann gehen wir nicht mehr von der Illusion aus, dass die Mehrheit im Parlament die Macht im Staate bedeutet und dass die soziale Emanzipation durch eine formale Änderung des Eigentumstitels (...) Verstaatlichung der Produktionsmittel (...) erreichbar wäre. Die soziale Emanzipation ist in erster Linie ein außerparlamentarischer Prozess und lässt sich auch nicht stellvertretend vollziehen. Jedoch ist die Änderung der politischen Rahmenbedingungen mit diesem Emanzipationsprozess unauflöslich verbunden. Die alte sozialdemokratische Trennung von Ökonomie und Politik darf von uns jetzt nicht mit umgekehrten Vorzeichen wiederholt werden. (...) Die heillos zersplitterte Linke hat (...) bislang noch nicht zu erkennen gegeben, dass sie die Fähigkeit besitzt, auf die brennenden Fragen der Gesellschaft alternative Antworten zu geben, ja, sie hat noch nicht einmal zu erkennen gegeben, dass sie gewillt ist, sich um Antworten zu bemühen. Die theoretische Position der reinen Basisdemokratie eignet sich beson-

ders, um gar nicht in die Gefahr zu kommen, diese Fragen beantworten zu müssen. (...) Eine Wahlbeteiligung könnte in diesem Sinne einen institutionellen Zwang erzeugen, den die Linke offensichtlich braucht, um wieder handlungsfähig zu werden.«

Der »Arbeitsausschuss« des SB hingegen unkte: »Eine Wahlbeteiligung als erster Schritt muss den formalen Wahlakt derart in den Vordergrund rücken, dass alle Stellvertreter-Mechanismen voll zum Greifen kommen.« Das Ausweichen davor, zu SPD und DKP parlamentarisch in Konkurrenz zu treten, die politische Indifferenz des Zentrismus im Allgemeinen waren eine stillschweigende Entscheidung für den gesellschaftlichen und politischen Status quo. Ihr entsprach eine Theoriegestalt des Arbeitsfeldansatzes, die wie hinter einer Nebelwand in unbestimmbarer Mehrdeutigkeit verschwamm.

Doch das Verharren in der besagten Zwischenstellung schuf nun einmal das opportunistische Bedürfnis, politische Verbindlichkeiten weitestgehend zu vermeiden, und die davon unlösliche Gesinnungslumperei ließ nicht lange auf sich warten. Denn »eines weiß jeder im SB«, steht noch 1979 in einem Aufsatz von Tilman Fichter und Sieghard Lönnendonker, »wenn eine politische Konzeption verbindlich würde, träten binnen kurzem Fraktionierungen auf, und das Sozialistische Büro würde sich in seine Bestandteile auflösen«. Der Zentrismus in der Redaktion der *Links* und im geschäftsführenden Arbeitsausschuss des SB war bemüht, diese prinzipienlose Einheit der Organisation dadurch zu wahren, dass er eine in Worten revolutionäre Theorie mit einer tatsächlich reformistischen Praxis verband.

Gegen den damaligen Zentrismus gewandt schrieb schon 1923 Georg Lukács in »Methodisches zur Organisationsfrage«: »Während in der bloßen Theorie die verschiedenartigsten Anschauungen und Richtungen friedlich nebeneinander leben können, ihre Gegensätze nur die Form von Diskussionen annehmen, die sich ruhig im Rahmen einer und derselben Organisation abspielen können, ohne diese sprengen zu müssen, stellen sich dieselben Fragen, wenn sie organisatorisch gewendet sind, als schroffe, einander ausschließende Richtungen dar. Aber jede »theoretische« Richtung oder Meinungsverschiedenheit muss augenblicklich ins Organisatorische umschlagen, wenn sie nicht bloße Theorie, abstrakte Meinung bleiben will, wenn sie wirklich die Absicht hat: den Weg zu ihrer Verwirklichung zu zeigen.«

Die immer wieder aufflammende Debatte im SB um die mögliche Gründung einer Partei hatte nicht nur die Frage zum Inhalt, ob man mit einer solchen Partei dann auch an Parlamentswahlen teilnehmen solle. Weitaus wichtiger war die hiermit verbundene Frage nach der Verbindlichkeit einer allgemeinen Theorie und Strategie und darüber hinaus, welche Funktion der Zentrale im Verhältnis zu den einzelnen Arbeitsfeldern zukommen sollte. Hierbei ging es wesentlich auch um das Geschichtsbewusstsein des SB, denn dieses Verhältnis war in der Arbeiterbewegung traditionell als die Dialektik von Partei und Räten diskutiert worden.

Oskar Negt hatte für das Verhältnis von Büro und Arbeitsfeldern die sibyllinische Formel ausgegeben, dass das, »was die Organisationsform des Sozialistischen Büros von anderen linken Organisationen gerade unterscheidet«, die Tatsache sei, »dass sie weder als bloße Koordinationsstelle von Arbeitsfeldern und Kampagnen noch als eine Zentrale verstanden wird, die das Abstrakt-Allgemeine, die richtige Gesellschaftsanalyse und die politischen Prioritäten verwaltet und bindende Beschlüsse nach unten weiter gibt. Beide Entwicklungsrichtungen führen in Sackgassen. Die zentralen und überregionalen Gremien des SB haben gegenüber den Arbeitsfeldern vielmehr eigenständige, nicht nur

»Meine These ist, dass der erreichte Stand des SB hinter dem gesellschaftlichen Stand zurückgeblieben ist und die vorhandenen Möglichkeiten teilweise nicht einmal als solche gesehen werden.« Rudi Dutschke an Oskar Negt, 1975

zusammenfassende Funktionen. Sie bestehen nicht zuletzt darin, die in den Arbeitsfeldern auftretenden Widersprüche zwischen Spontaneität und Organisation, unmittelbaren und objektiven Interessen usw. aktiv zu strukturieren und auf ihre weiterführenden sozialistischen Gehalte zu bringen.«

Offen blieb, bei aller negativen Bestimmtheit, worin die »Eigenständigkeit« des Büros gegenüber den Arbeitsfeldern konkret bestehen solle und wie man sich das »aktive Strukturieren« vorzustellen habe. In der sogenannten »zweiten Organisationsdebatte«, die Mitte der siebziger

Jahre in- und außerhalb des SB um die Gründung einer linkssozialistischen Rätepartei geführt wurde, spitzte sich die Problematik zu.

Die Initiatoren einer Parteigründung drückten ihren »zentralen Differenzpunkt zum SB« dahingehend aus, »dass das SB trotz organisatorischer und inhaltlicher Offenheit eine sehr bestimmte prinzipielle taktische Position zwischen SPD und DKP einnimmt, die es unmöglich macht, eine eigenständige radikale sozialistische Position zu formulieren und eine entsprechende Politik zu fördern«.

Auf einem Vorbereitungstreffen der Parteiinitiative in West-Berlin, am 29. November 1975, erläuterte Dutschke die damalige Situation anhand einer Anekdote: »Es war, und das kann jetzt hier klar gesagt werden, eine Einladung erfolgt für mich und einige wenige andere Genossen, bis zum Vorstand der SPD. Und es ging um die Frage, seid Ihr nun dabei, eine Partei zu gründen, oder seid Ihr nicht dabei. Das war für sie die Grundfrage, Sie waren auch bereit zu sagen, Sie sind bereit zu unterstützen, alles was an der Basisbewegung sich bewegt. Aber geht bitte nicht hinein in die Frage der politischen Entscheidung, die Frage der politischen Partei, ob Ihr nun ein Prozent oder fünf Prozent bekommt, für uns ist es eine enorme Gefahr und so wurde es auch direkt ausgedrückt, und es wurde direkt davon gesprochen, eine solche Orga-

nisation, wie auch immer sie sich zeigen würde, würde kriminalisiert.« Auch Peter von Oertzen, der 1970 als niedersächsischer Kultusminister Oskar Negt an die Universität Hannover berufen hatte, antwortete auf die Frage der Redaktion von *da/avanti*, ob er glaube, »dass die Möglichkeit einer links von der SPD stehenden Partei sich am Horizont abzeichnet?«: »Eine solche Möglichkeit besteht meiner Meinung nach. Ich sage das als eine objektive Tatsachenfeststellung. Das Wählerpotential einer solchen Partei wäre vorhanden. Die Kader, d. h. einige Zehntausend interessierter und aktiver

Bürgerinnen und Bürger aller Berufsgruppen wären ebenfalls vorhanden. Die Frage ist, ob sich eine politische Führungsgruppe findet, in gleicher Weise glaubwürdig und befähigt, die diese Kader zusammenschließen und dieses Potential mobilisieren könnte. Diese Möglichkeit sehe ich nicht. Die Wünschbarkeit einer solchen Entwicklung ist natürlich noch etwas anderes. In meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat und Mitglied des Vorstands der sozialdemokratischen Partei kann ich schlechterdings nicht anders, als einer solchen Möglichkeit mit tiefer Besorgnis entgegenzusehen.«

Oertzen fürchtete die »Schwächung der sozialdemokratischen Partei, den Verlust der Regierungsbeteiligung und wahrscheinlich für lange Jahre eine konservative oder sogar extrem reaktionäre Regierung in der Bundesrepublik«. Dutschke persönlich wurde durch den ehemaligen Jusvorsitzenden Wolfgang Roth sogar ein Job an der Universität angeboten, sofern er nur von seinem »Partei Gründungsversuch« Abstand nehme.

»Meine These ist«, schreibt Rudi Dutschke in einem Brief Ende 1975 an Oskar Negt, »dass der erreichte Stand des SB hinter dem gesellschaftlichen Stand zurückgeblieben ist und die vorhandenen Möglichkeiten teilweise nicht einmal als solche gesehen werden.« Dutschke hatte schon 1969 in sein Tagebuch notiert: »Selbstorganisation, Parteiorganisation und Räte system müssen nicht notwendigerweise auseinanderfallen! Die Selbstorganisation verunmöglicht zentralistischen Parteitypus, ermöglicht gerade Benutzung der Zentrale als Vermittlungsmoment der dezentralisierten Basis-Zentren.«

Im Juni 1976 schreibt Oskar Negt in einem Brief an Rudi Dutschke: »Wir müssen versuchen, die von Dir aufgeworfene Dialektik von Räteorganisation und Partei noch tiefer zu begreifen und Lösungen anzubieten.« Dennoch musste Dutschke in einer Rede vor Jungsozialisten auch noch Ende 1976 feststellen: »Im SB wird das so noch nicht diskutiert. Das SB ist noch keine sozialistische Organisation, die sich im Rahmen der gesellschaftlichen Widerspruchsebenen außerparlamentarisch und parlamentarisch politisch stellt im Klassenkampf. Es ist meiner Meinung nach eine wichtige und fundamentale Übergangsorganisation, darum bin ich Mitglied des SB. Manche möchten eine solche Organisation zu einer ewigen erklären, um ihr Verhältnis zur SPD und ihr Verhältnis zur DKP einigermaßen in Gang halten zu können. Dieser Meinung bin ich

nicht. Im SB sozialistische Politik zu betreiben oder daran beteiligt zu sein, heißt sich eindeutig für einen sozialistischen Standpunkt entscheiden und diesbezüglich politisch und analytisch zu arbeiten und nicht hin und wieder ein Bein dort zu haben und ein anderes Bein dort zu haben, aber dann im Grunde niemals zwei Beine zu haben. Ich meine, wenn das SB eine werdende politische Kraft sein will, dann muss auch die Frage der sozialistischen Perspektive gestellt werden und damit die Frage der sozialistischen Partei, die meiner Meinung nach untrennbar mit der Sozialismusfrage verbunden ist.«

Ein weiteres Treffen der Initiativgruppe Februar 1976 in Hannover, an dem Dutschke wegen Krankheit nicht teilnehmen konnte, war zur Farce geraten. Hier wiederholten sich, wie unter einem Brennglas, die gleichen Widersprüche, die auch im SB eine Weiterentwicklung lähmten. Das SB stand mit dem Parteigründungsprojekt vor der »Zerreißprobe«, auch wenn das dementiert wurde. Klaus Vack selbst hatte in einem Brief an Dutschke diesem bescheinigt: »Für Deine politische Konzeption gibt es im SB eine nicht geringe Basis.«

Im Arbeitsausschuss des SB allerdings tat man alles, um »das Parteigründungskuckucksei, das man uns ins Nest zu legen versucht«, wieder herauszuwerfen. Der eklatante Mangel an inhaltlicher und geschichtlicher »Neuorientierung« der undogmatischen Linken, die Dutschke nicht müde wurde einzufordern, verhinderte schließlich eine »Neuorganisation«. (...) In seiner »fragmentarischen Autobiographie« macht Dutschke dann für »die Miserie« in der Parteidiskussion »die labile, widersprüchliche und so hemmende Sektiererei« verantwortlich. »Wie kann schon nach etwa acht Jahren eine reale Hoffnung aus dem Boden gestampft werden? Kurz in die Höhe und schwere Bauchlandung musste das Resultat sein.«

Innerorganisatorisches Pendant zur Diskussion um die Rätepartei war der Streit über die Einführung eines Delegiertenrates. Klaus Vack schreibt 30 Jahre danach: »Am 12./13. April 1975 konstituiert sich der Delegiertenrat des SB. Im Vorfeld hatte es über die Schaffung eines solchen Gremiums Kontroversen gegeben. In diesen spiegelten sich die nun fast durchgängig auftretenden politisch-organisatorischen Vorstellungen ›zweier Linien‹ wider. Etwas vereinfacht ging es zum einen um das Konzept eines ›starken‹ Arbeitsausschusses und die Umwandlung der Arbeitsgruppe des SB, an der alle Mitglieder

teilnehmen können, in eine Delegiertenkonferenz. Die andere Position plädierte für die Beibehaltung der Arbeitsgruppentagung als ›Thing‹ des SB und wollte mit dem Delegiertenrat ein Gremium, das sowohl regionale Zusammenhänge als auch überregionale Arbeitsfelder und Projekte integriert. Der Arbeitsausschuss sollte danach durchaus mit Entscheidungskompetenzen versehen sein, aber doch nicht zum dominierenden Gremium des SB werden. Die letztere Variante hatte sich 1974/75 durchgesetzt, wurde aber, beginnend mit der sogenannten ›zweiten Organisationsdebatte‹, ab 1977 zunehmend außer Kraft gesetzt.«

Im Streit um den Delegiertenrat verfocht die revolutionäre Linie einen konsequenten inneren Räteaufbau des Sozialistischen Büros, wobei möglichst, wie Dutschke hervorhob, die »Autonomie-Strukturen, von der dezentralisierten Jugendorganisation bis zum Arbeitsfeld der verschiedensten Bereiche, über Delegiertenschlüssel aufrechterhalten werden« sollten, damit die »zentrale Verallgemeinerung der Erfahrung die Ungleichzeitigkeit nicht missachtet«.

Das Argument der zentristischen Linie war, dass ein konsequenter Räteaufbau notwendig zu Erstarrung und Verbürokratisierung führen müsse, denn nur das Fortbestehen der »informellen Kaderstruktur« in Arbeitsausschuss und Links-Redaktion, derjenigen also, die tatsächlich die

Erst die »revolutionäre Berufspraxis« des Arbeitsfeldansatzes ist im Stande, jene innerorganisatorische Anforderung zu erfüllen, die Georg Lukács an die »Partei neuen Typs« stellte und deren Verwirklichung er vergeblich von einer Organisation von »Berufsrevolutionären« erhoffte.

inhaltliche und organisatorische Arbeit tragen, würde die Lebendigkeit der Theorie vor dem Dogma, und nur eine rein zufällige Zusammensetzung der »Arbeitsgruppentagung«, von Vack als »Thing« bezeichnet, könne das sachliche Engagement vor dem Politikastertum bewahren. Die »Verankerung des Räteprinzips schon in der revolutionären Parteiorganisation«, die Dutschke forderte, ist vom Arbeitsfeldansatz nicht zu trennen. Erst die »revolutionäre Berufspraxis« des Arbeitsfeldansatzes ist im Stande, jene innerorganisatorische Anforderung zu erfüllen, die Georg Lukács an die »Partei

neuen Typs« stellte und deren Verwirklichung er vergeblich von einer Organisation von »Berufsrevolutionären« erhoffte: »Eben dadurch, dass jeder Entschluss der Partei sich in Handlungen sämtlicher Mitglieder der Partei auswirken muss, dass aus jeder Parole Taten der einzelnen Mitglieder Folgen haben, in denen diese ihre ganze physische und moralische Existenz aufs Spiel setzen, sind sie nicht nur in der Lage, sondern geradezu gezwungen, mit ihrer Kritik sofort einzusetzen; ihre Erfahrungen, ihre Bedenken usw. augenblicklich zur Geltung zu bringen.« Eine konsequente Verwirklichung des Arbeitsfeldansatzes schließt Dogmatismus und Politikastertum im Vorhinein aus.

Der Zentrismus aber beschwor, um einer demokratischen Entmachtung der »informellen Kader« vorzubeugen, das Schreckgespenst des »Ultrazentralismus« herauf, dessen Anfängen mit politisch-programmatischer Verbindlichkeit, einem »starken Arbeitsausschuss« und der Einführung einer Delegiertenkonferenz es zu wehren gelte. Rudi Dutschke beschrieb 1977 in einem Streitgespräch mit Oskar Negt die entsprechend hysterische Stimmung in weiten Teilen des SB einmal mit den Worten: »Jeder will sich auf seine Basisgruppe verlassen und alles andere, was darüber hinausgeht, ist gefährlich, hat was mit Zentralkomitee zu tun, hat mit Leninismus zu tun, um Himmels

willen.« In Wahrheit ist die leninistische Kaderpartei und ihr Zentralkomitee nur das nach außen gewendete Innenleben der sozialdemokratischen Massenpartei, in der bereits die Hauptamtlichen mit den prominenten Parteimitgliedern eine »informelle Kaderstruktur« bilden und Entscheidungen treffen, die nicht demokratisch legitimiert sind. Auch im SB verbarg sich hinter einer Bühnendekoration und den Phrasen von »Basisdemokratie« der Ultrazentralismus der Zentristen.

In *Langer Marsch* berichten Helmut Korte und Karl Nolle, wie sich auf der »Arbeitsgruppentagung des SB

26./27. November 1977« Widerspruch gegen den »Bürozentrismus« formierte. »Alt Vater und mit ihm eine Reihe von lokalen Gruppen und Einzelgenossen forderten, dass in wichtigen politischen Fragen die innerorganisatorische Diskussion zu klaren Entscheidungen führen müsse, an die SB-Mitglieder dann auch gebunden seien. Das war im Grunde nicht mehr als die Forderung, eine formal ja bereits gebildete Organisation auch politisch als solche handlungs- und entscheidungsfähig zu machen. Es ging nicht, wie außerhalb des SB häufig unterstellt, um die Frage einer Parteigründung oder der Beteiligung an Wahlen. Es ging auch nicht darum, die Arbeitsfelder als Basisorgane des SB abzuschaffen (wie gelegentlich im SB unterstellt wurde). Lediglich die Verstärkung arbeitsfeldübergreifender Aktivitäten dort, wo sich bereits lokale Gruppen gebildet hatten, wurde gefordert, sowie die Stärkung der lokalen Gruppen im innerorganisatorischen Entscheidungsprozess. Der Übergang zu Delegiertenversammlungen war unvermeidlich geworden.«

Dennoch blieb der »traditionelle Charakter des SB als einer unverbindlichen Vereinigung linker Individuen« gewahrt. Die faulen Kompromisse der Arbeitsgruppentagung festigen »den stark zentralistischen Charakter des SB und erleichtern die Durchsetzung politischer Positionen der tradierten informellen Kaderstruktur des Offenbacher Büros, die auch, durch dazu möglicherweise widersprüchliche Interessen im zentralen Arbeitsausschuss, praktisch nicht aufgehoben werden kann, da die gesamte Informations- und Kommunikationsstruktur mit dem Büro vernetzt ist. Wie demokratisch ist dieser Zentralismus? Nicht arbeitende lokale Gruppen tragen das zentrale Büro, sondern umgekehrt: das Büro scharft eine Vielzahl heterogener Arbeitsfeldgruppen und Einzelmitglieder um sich, die sich den Initiativen des Büros und des Arbeitsausschusses gegenüber mangels organisatorischer Kontinuität und politischer Vereinheitlichung tendenziell akklamierend verhalten. Das Interesse an der Konservierung dieses Bürozentrismus, der sich aus dem historischen Konstitutionsprozess des SB erklärt, gerät zur Zeit in ein wachsendes Spannungsverhältnis zu den sich politisch vom Offenbacher Büro emanzipierenden Gruppen.«

Nach der »Hannover-Farce« trat Dutschke im SB für die Organisation einer »linken Liste« zu den Europawahlen 1979 ein, »im Bündnis mit den Bürgerinitiativen«. In einem

Brief an Negt hatte er dazu ausgeführt: »Eine linke Liste erfordert noch in keiner Art und Weise die Gründung einer Partei sozialistischen Inhalts und dem entsprechenden Organisation. Es könnte aber eine Vorstufe sein, um das Problem des Verhältnisses von Basisgruppe, Bürgerinitiativen; Räteorganisation und sozialistischer Partei erkennbar werden zu lassen!«

Zuletzt warb Dutschke im SB dann noch einmal für ein breites sozialistisches Engagement bei der Gründung einer grünen »Bewegungspartei«, während Zentristen wie Oskar Negt dies ausdrücklich als »Fehler« bezeichneten. SB-Mitglieder aus Saarbrücken warnten 1979 in Reaktion auf seine Ablehnung eines Engagements bei den Grünen und auf eine Wahlempfehlung Negts für die SPD in einem Links-Artikel: »Die Zerstörung der Umwelt kann nur durch eine demokratisch und planmäßig organisierte Ökonomie aufgehalten werden. Diese Erkenntnis bricht sich Bahn im alternativen Lager; sie wird im Laufe weiterer Kämpfe immer mehr Anhänger finden. Die grün bunte Bewegung von heute ist die Neue Linke von morgen. Die Wahlempfehlung für die SPD beinhaltet eine Gefahr, die in der bisherigen Diskussion nicht genügend erörtert wurde. Wenn die Grün/Bunten knapp scheitern, wird die Neue Linke der Vorwurf treffen, die fehlenden ein bis zwei Prozent verscherzt zu haben. Speziell das SB wird seinen Ruf nie mehr loswerden, ein U-Boot der SPD zu sein. Wir werden auf Jahre vom alternativen Lager isoliert sein, der einzigen Kraft, die sich zu einer radikal-demokratisch-sozialistischen Opposition in nächster Zukunft auswaschen könnte.«

Am »Bürozentrismus« des SB hatte sich nichts geändert. 1980 äußerte sich Norbert Kostede auf dem Höhepunkt der SB-Debatte über die Grünen hierzu in der *Taz*. Die auch von ihm hochgeschätzte Diskusstoleranz im SB habe als Kullisse für einen »schleichenden Zerfall der Organisation« gedient, in der »die Basis folgenlos diskutiere«, während die »große Politik« durch öffentliche Meinungsäußerung einiger Prominenter gemacht werde. Oskar Negt sagte 1989 in einem Interview mit Wolfgang Kraushaar: »Ich habe (...) entschieden gegen eine Kandidatur der Grünen für den Bundestag gesprochen. (...) In dieser Frage hat es auch eine Reihe von Auseinandersetzungen mit Rudi Dutschke gegeben.«

Als prononciertester Fürsprecher der Parteigründung war Rudi Dutschke in der Organisationsgeschichte des SB der eigentliche

Gegenspieler zum zentristischen Opportunismus. »Unsere Begegnungen auf den Tagungen des Sozialistischen Büros waren Kreuzungspunkte, die strategisch durchaus in verschiedene Richtungen wiesen«, erinnert sich Negt. »Worüber wir stritten, auch wenn er Besuche in Hannover machte, war die Rolle der Partei für die Emanzipationsprozesse. Sein letzter Besuch hatte den Sinn, mich für die »Grünen«, deren Parteigründung er mit zwiespältigen Gefühlen betrieb, zu gewinnen, mit dem immer wiederkehrenden Argument, man müsse die sozialistische Basis dieser für ihn mit Hoffnungen verknüpften Partei befestigen und erweitern.« Negt hingegen stand einer Parteigründung der Neuen Lin-

Zuletzt warb Dutschke im SB dann noch einmal für ein breites sozialistisches Engagement bei der Gründung einer grünen »Bewegungspartei«, während Zentristen wie Oskar Negt dies ausdrücklich als »Fehler« bezeichneten.

ken, gleichviel in welcher Form, allezeit ablehnend gegenüber. In einer Diskussion über »Die Linke in der SPD nach 1945«, am 16. Februar 1975, etwa hatte Oskar Negt gegen das links-sozialistische Urgestein Fritz Lamm polemisiert, der sich kurz zuvor für die Gründung einer eigenständigen Partei ausgesprochen hatte, weil es derzeit keine Gruppierung gäbe, »die heute stark genug wäre, die Sozialisten und die noch zum Sozialismus drängenden Sozialdemokraten aufzufangen. Denn die DKP wird es solange nicht sein, wie sie von ihrer absoluten Abhängigkeit von Pankow nicht loskommt.«

»Ich bin trotzdem nun nicht der Meinung von Fritz Lamm, dass man jetzt einfach eine neue Partei gründen sollte. Das ist eigentlich in solchen Phasen immer ein Produkt von Nervosität. Man meint, durch die bloße organisatorische Alternative würden einem auch die Potenzen zuströmen. Ich glaube nicht, dass auf dieser Ebene – durch eine klare mit Fahnen und Parolen versehene Alternative – jetzt so etwas zu erzeugen wäre wie eine klare Polarisierung der Linken. Es ist doch selbstverständlich: Solange die SPD Massen bindet, also Massenloyalität auch in der Arbeiterschaft erzeugt, erscheint so etwas wie eine sozialistische Entwicklung ohne erhebliche Teile dieser SPD in der Bundesrepublik undenkbar. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, jetzt eine sozial-

tische Bewegung und eine sozialistische Gesellschaft schlicht daneben aufzubauen. So sind revolutionäre Prozesse auch nie verlaufen. Unsere Wendung zur Basispolitik war doch eigentlich der erste Schritt gewesen in die Richtung: Was können wir durchsetzen, wie können wir uns arrangieren, solange sich die Massen in ihrem Interesse und ihrem Bewusstsein noch nicht verändert haben, muss man sich eben arrangieren. 1977 erschien im *Kursbuch* unter dem Titel »Interesse gegen Partei« ein Gespräch Negts mit dem Publizisten Harald

Der Opportunismus in diesen Aussagen Negts ist offensichtlich: Solange die Massen ihr Bewusstsein noch nicht verändert haben, muss man sich eben arrangieren. 1977 erschien im *Kursbuch* unter dem Titel »Interesse gegen Partei« ein Gespräch Negts mit dem Publizisten Harald

Wieser. Während dieses Gespräches wird von Wieser gegen Negts Rechtfertigung einer »Politik des Nachtrabs« Dutschkes Hauptargument ins Feld geführt: »Das ist ein neuralgischer Punkt in der Parteifrage. Denn vielleicht stimmt das umgekehrte Argument: die Massenloyalität zu den herrschenden Parteien ist gerade deshalb noch so unerschüttert, weil es eine attraktive linke Alternative, weil es die neue linke Partei noch nicht gibt.«

Die deutlichste Formulierung des zentristischen Standpunkts gab Oskar Negt jedoch erst in einem Referat von 1986, lange nachdem er sich aus dem SB zurückgezogen hatte. Sie den »Machtblöcken«, SPD und Gewerkschaften gegenüberzustellen, ihnen in Parlament und Betrieb Konkurrenz zu machen, sei »illusionär«. Versucht die Linke es dennoch, werde sie »enteignet« und ihre Inhalte »bis zur Unkenntlichkeit verdreht«. Nicht aber so, wenn sie sich bescheidet. Ihre eigentliche Aufgabe sei es durch »kostenlose Zusammenarbeit« das bestehende politische System zu stabilisieren. Dazu gehört die Mobilisierung linker »Durchschnittswähler« ebenso wie, seit es die Grünen gibt, die Betätigung als »Mehrheitsbeschaffer« für die Sozialdemokratie, denn auch im Parlament soll sich die Linke nicht in der »Parteienkonkurrenz« taktisch verschleißen.

Mit einem Wort: Die wahre Aufgabe der Linken soll es sein, ein gesellschaftliches Potential in das politische System zu integrieren, das sich selbst zu ihm mehr oder minder in einem bewussten Widerspruch definiert. Diese besondere Aufgabe erfordert in der Tat ganz eigene Mittel und Methoden und viel »Projektphantasie«. Deren Anerkennung durch die »Machtblöcke« als nützlich und notwendig nennt Negt dann die wahre »Macht« und »Unabhängigkeit« der Linken. Orwell'sches Zwiedenken.

Spätestens 1998 trat Negt dann mit »Warum SPD? 7 Argumente für einen nachhaltigen Macht- und Politikwechsel« unverhohlen auf die Seite der Schröder-Blairschen New-Labour-Sozialdemokratie über. Die Gründe, weshalb Negt, der 1961 als SDS-Mitglied aus der SPD ausgeschlossen worden war, nun nicht auch offiziell wieder in die sozialdemokratische Partei eintrat, was doch nahegelegen hätte, waren denn auch keine politischen. 2002 erklärte Negt hierzu in seiner Abschiedsvorlesung: »Ich wurde ausgeschlossen. Da ich solche Verletzungen nicht vermesse und in meiner Haltung eher nachtragend bin, bin ich nie wieder eingetreten und habe auch den Verlockungen des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel widerstanden, durch Nichtigerklärung dieses Ausschlussbefehls wieder Mitglied der SPD zu werden.«

Rudi Dutschke konnte auf diese Entwicklung keinen Einfluss mehr nehmen. Unter tragischen Umständen war er an den Spätfolgen des 1968 auf ihn verübten Attentats viel zu früh am Abend des 24. Dezember 1979 verstorben. Mit dem Scheitern von Dutschkes Versuchen, das SB auf eine »höhere politisch-organisatorische Ebene« zu heben, hat sich das Sozialistische Büro selbst überlebt, auch wenn es heute noch als ein »Fähnlein der sieben Aufrechten« formal weiterbestehen mag.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Carsten Prien: Rätepartei. Zur Kritik des Sozialistischen Büros, Oskar Negt und Rudi Dutschke. Ein Beitrag zur Organisationsdebatte. Mit drei Originaltexten von Rudi Dutschke und Oskar Negt. Ousia-Verlag, Seedorf 2019, 194 Seiten, 18,90 Euro

Der Text erscheint unter dem Originaltitel »Die höchste Form der Selbsttätigkeit ist ihre organisierte Form«.